

2/1/2021

Beschluss

Annahme

Jugendpolitische Agenda Niedersachsen – Zusammenhalt in Gegenwart und Zukunft

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand lange an zentraler Stelle der sozialpolitischen Agenda der SPD. Wir haben in Niedersachsen und im Bund bereits viel erreicht.

Wir brauchen starke junge Generationen! Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und bringen ihre Sichtweisen, Potentiale und Wissen, wie z.B. in der Digitalisierung, Globalisierung, Europa und Migration ein, denen sie positiver gegenüberstehen als andere Generationen. In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen bedarf es des Vertrauens in die Jugend – junge Menschen haben eigene Rechte.

Die niedersächsische Sozialdemokratie hat das Ziel, die jugendpolitische Agenda umzusetzen und den bisherigen Flickenteppich – das Nebeneinander der Politiken, die Auswirkungen auf junge Menschen haben, in der Koordinierung einer ressortübergreifenden Jugendpolitik zusammenzuführen. Die Jugendarbeit ist ein zentrales jugendpolitisches Instrument.

Nun stehen der Schutz, die Befähigung und die Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen im Fokus.(1)
Eine zeitgemäße Jugendpolitik gestaltet die Politik gemeinsam mit der Jugend.(2)

Die jugendpolitische Agenda Niedersachsen ist die Antwort der SPD auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – sie steht für Zusammenhalt in Gegenwart und Zukunft für Demokratie, Europa,(3) gleichwertige Lebensverhältnisse, Bildungs- und Teilhabechancen.(4)

Die Jugendpolitische Agenda für Niedersachsen beinhaltet folgende Forderungen:

- Aufnahme der Kinderrechte gemäß der UN Kinderrechts-Konvention in die Niedersächsischen Verfassung
- Rechtsanspruch auf eine strukturelle wirksame Beteiligung junger Menschen – unabhängig von Lebenslagen und Lebenswelten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, diese mitzugestalten – auf der Landesebene und in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)
- Einrichtung einer Servicestelle für die Beteiligung junger Menschen auf der Landesebene für Politik, Verwaltung, Fachkräfte
- Landesweite Qualitätsentwicklung für eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Jugendarbeit als soziale Infrastruktur und außerschulische Bildung mit den Schwerpunkten Beteiligung, politische Bildung, internationaler und europäischer Jugendarbeit für alle jungen Menschen – auf der Ebene des Landes und der Kommunen
- Qualitätsentwicklung und Stärkung der Jugendämter und des Landesjugendamtes
- Expertinnen und Experten in den Ministerien
- Gesetzliche Regelung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe über § 81 SGB VIII hinaus – Schulsozialarbeit, Ganztagsbildung, etc. in gemeinsamer Verantwortung
- Abgestimmte Sozial-, Bildungs- und Jugendhilfeplanung auf der Landesebene
- Einführung des Wahlalters 16 Jahre
- Ein zentrales Ressort für Jugendpolitik zur Koordinierung und ressortübergreifenden Gesetzesfolgenabschätzung und Auswirkungen von Maßnahmen der Landesregierung für die Belange aller jungen

Menschen

- (1) Vgl. UN Kinderrechtskonvention
- (2) Vgl. Jugendpolit. Zusammenarbeit in Europa u. Eigenständige Jugendpolitik der Bundesregierung
- (3) Vgl. Shell Jugendstudie 2019
- (4) Vgl. 14. und 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung